

**Die Frage ist:
Wie weiter?**

Joe Biden hat im Wahlkampf eine wahre Offensive der USA im Klimaschutz versprochen. Die Republikaner wird er durch klare Mehrheiten überstimmen. Aber sobald die Maßnahmen Arbeitsplätze und Einkommen gefährden, muss auch Biden sich vorsehen.

Von Christoph Müller

In seinem vielbeachteten Buch „Losing Earth“ schreibt Nathaniel Rich: „Fast jedes Gespräch, das wir 2019 über den Klimawandel führen, haben wir schon 1979 geführt. Wären wir Menschen in der Lage, auf lange Sicht zu denken – ernsthaft den Lauf der menschlichen Geschichte auf Jahrzehnte und Jahrhunderte nach unserem Tod zu berücksichtigen – müssten wir uns notwendigerweise damit auseinandersetzen, dass die Zeit über alles, was wir lieben und uns umgibt, hinweggeht. Also haben wir uns kulturell oder auch evolutionär darauf konditioniert, uns obsessiv mit der Gegenwart zu beschäftigen, uns nur um die unmittelbare Zukunft zu sorgen und alles, was danach kommt, aus unserem Bewusstsein zu tilgen, wie man etwa ein Gift ausspuckt.“

Neue Klimapartnerschaft?

Ist das unser Schicksal oder wird eine neue transatlantische Partnerschaft in enger Abstimmung mit China und Indien den Klimawandel in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren erheblich abmildern können? Der Weltklimarat (IPCC) hat 2018 das verbleibende globale CO₂-Budget für die unterschiedlich ambitionierten Klimaziele veröffentlicht. Um die globale Erwärmung auf die im Pariser Abkommen festgelegten 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu beschränken, kann die Menschheit maximal noch 500 Milliarden Tonnen Treibhausgase emittieren, sie liegt jedoch aktuell jährlich bei fast 45 Milliarden, Tendenz steigend.

Mitte Jänner veröffentlichten die Vereinten Nationen ihren mittlerweile fünften „Adaptation Gap Report“, demgemäß sich viele Länder bisher nicht ausreichend gegen Klimaschocks wappnen, wie es das Pariser Abkommen vorsieht. Vor allem in den ärmeren Ländern gibt es große Defizite in der Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Dazu fehlt nicht der Wille, sondern es mangelt regelmäßig an den fi-

Mit Joe Biden kommt politische Hoffnung in die Klimapolitik zurück. Der Durchbruch kann ohne die USA und China nicht gelingen. Das zeitliche Korsett wird jedenfalls eng und enger. Ein Ausblick.

Klima: Die letzte Posaune

nanziellen Mitteln. Die Mehrheit der Staaten haben nationale Instrumente und Strategien. Allerdings beträgt die Finanzierung für Anpassungsmaßnahmen lediglich fünf Prozent der internationalen Klimafinanzierung.

Die Pandemie bremst die reale Klima- und Nachhaltigkeitspolitik erheblich. Dabei stehen 2021 entscheidende Weichenstellungen an. Im November findet in Glasgow die verschobene 26. UN-Klimakonferenz statt, auf der

Ab 2035 sollen die US-Kraftwerke kohlendioxidfrei sein. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Senat sollten dieses Vorhaben begünstigen. Wie die EU, Japan und Südkorea wollen die USA bis 2050 klimaneutral werden. China will 2060 folgen. Zwei Drittel der Treibhausgasemissionen kommen aus 127 Staaten, die sich inzwischen Netto-Nullemissions-

ziele gesetzt haben oder erwägen. Die Umsetzung dieser Ziele würde die globale Erwärmung auf 2,1 Grad begrenzen.

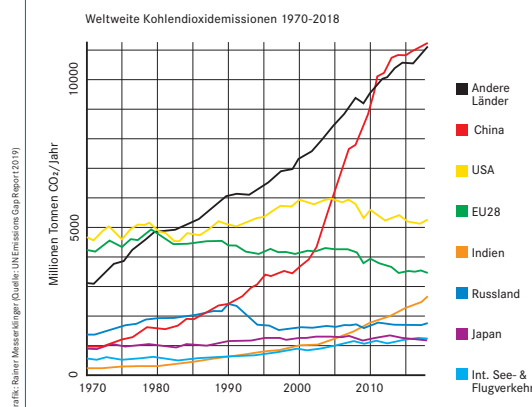
Ab jetzt wird es aber nicht auf das seit vielen Jahren bekannte Verkünden und Verschärfen von Zielen ankommen, sondern auf die Umsetzung konkreter, effektiver und mitunter vorübergehend schmerzvoller, langfristiger und

struktureller Maßnahmen. Ein entscheidender Faktor ist dabei ein realistischer, zwischen der EU, den USA und China koordinierter CO₂-Preis. Gleichzeitig müssen ausreichende Finanz- und Technologietransfers an ärmere Länder vorgenommen werden.

Dies mit der Bedingung, dass sie für sozial gerechte und ökologisch verträgliche Formen des

„Die Pandemie bremst den Klimaschutz erheblich. Dabei stehen heuer entscheidende Weichenstellungen an.“

erstmalig – wie vom Pariser Abkommen gefordert – die Anstrengungen der Länder bei der Emissionsminderung verstärkt werden sollen. Der neue US-Präsident Biden will zurück ins Pariser Abkommen und hat um den US-Chefverhandler von Paris John Kerry ein kompetentes Team zur Umsetzung seiner ambitionierten Klimastrategie aufgestellt.

CO₂-EMISSIONEN**Zu viele steigende Pfade**

Die Emissionskurven von Kohlendioxid zeigen den Aufstieg Chinas als erste Rohstoffverarbeitungs-nation der Welt. Amerika als größter Konsument der Globalisierung nimmt den zweiten Rang ein. Indien holt stark auf. Gemeinsam machen ihre Emissionen derzeit 50 Prozent der globalen Menge aus. Langfristig sinken und stagnieren die Ausstoßmengen derzeit nur in der EU, Japan, Russland. (tan)

Wirtschaftens eingesetzt werden, was global gesehen auch kosten-effizient wäre.

Die positive Vision: Beim Klimaschutz gibt es große Fortschritte, die Staaten des Pariser Abkommens bessern ihre nationalen Beiträge laufend nach. Im Umgang mit Covid-19 haben die meisten Länder erkannt, dass sie letztlich davon profitieren, wenn sie international kooperieren. Die EU konnte die Kernelemente ihres 2020 auf Schiene gebrachten „Green Deals“ erfolgreich umsetzen. 2030 wird Stahl auf Wasserstoffbasis klimaneutral zu wettbewerbsfähigen Kosten produziert. Das WTO-Recht fördert den Marktzugang für umweltfreundlich produzierte Waren. Klimafreundliches Planen und Produzieren hat sich in den Geschäftsmodellen der Banken und der meisten Unternehmen etabliert.

Das Negativ-Szenario: Im Jahr 2030 sind die Prozesse der UN-Nachhaltigkeits- und Klimapolitik nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die USA sind aufgrund ihrer inneren Auseinandersetzungen international weitgehend handlungsunfähig. China, Russland und Indien konnten und wollten das nicht ausgleichen. Auch die EU war zwischen 2020 und 2030 hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Die Energiepolitik ist geopolitisch determiniert, Märkte sind zunehmend abgeschottet. Die EU hält zwar am „Green Deal“ fest, die Fortschritte sind aber überschaubar. Der Preis für die Tonne CO₂ stagniert und hat keine Steuerungswirkung.

Konsequentere Maßnahmen

Wegen Corona wird die politische und mediale Agenda bis auf weiteres von kurzfristigen Zwängen beherrscht. Regierungen sollten gerade deshalb dem Impuls widerstehen, beim Umgang mit den Folgen der Pandemie auf klassisches Sündenböckchen und die vermeintlich bewährten ressourcenfressenden Wachstums- und Klimapolitiken zu setzen. Stattdessen sollten die Mittel der Corona-Hilfspakete konsequent mit Klima- und Nachhaltigkeitszielen verknüpft werden. Dies würde nicht nur den jungen Menschen und künftigen Generationen helfen, sondern unmittelbar für Schritte in Richtung globaler Ausgleich sorgen, nachdem UN-Generalsekretär Guterres beim letztjährigen Nelson-Mandela-Tag feststellte: „Während wir alle auf demselben Meer schwimmen, ist es klar, dass einige in Superyachten sind, während andere sich an die treibenden Trümmer klammern.“

Starke Signale an alle Handelspartner gehen vom Europäischen Rat aus. Er hat im vergangenen Dezember das EU-Treibhausgasreduktionsziel für 2030 im Sinne des Pariser Klimaabkommens von bisher 40 Prozent auf netto 55 Prozent angehoben und will Wettbewerbsnachteile europäischer Unternehmen an den EU-Grenzen mit einem Ausgleichsmechanismus abfedern.

Die Bundesregierung und die EU sollten 2021 nutzen, um mit den oben genannten Maßnahmen Impulse für die nächste Dekade zu

setzen. Der „Green Deal“ hat wie die entsprechende Ausgestaltung der Konjunkturpakete für die positive Beeinflussung des internationalen Umfelds in der Phase bis 2030 einen hohen Stellenwert. Im weiteren Verlauf der Pandemie könnte die Einsicht wachsen, dass systemische Risiken sehr hohe Kosten verursachen, wenn nicht rechtzeitig und umfassend gehandelt wird. Die Ereignisse rund um Corona zeigen, dass gesellschaftliche Unterstützung für drastische Veränderungen und staatliche Maßnahmen möglich ist und dass sich Chancen für eine effektive Bearbeitung wichtiger Zukunftsthemen wie Digitalisierung ergeben.

Schlechte Performance

Österreichs Treibhausgasemissionen sind heute in etwa so hoch wie 1990. Die österreichische Klimapolitik lahmte seit vielen Jahren. Am 13. Jänner wurde im Umweltausschuss des Parlaments das im Dezember gestartete Expert(innen)-Hearing zum Klimavolksbegehren fortgesetzt. Die Initiatoren fordern neben der verfassungsrechtlichen Verankerung des Klimaschutzes die Ökologisierung des Steuersystems, langfristige Strategien vor allem beim Verkehr sowie die Zusammenarbeit aller Entscheidungsträger(innen). Laut Expert(innen) ist der Abbau klimaschädlicher Subventionen der erste Schritt in Richtung eines tiefgreifenden Strukturwandels. Alle im Parlament vertretenen Parteien werden nun auf Basis des Klimavolksbegehrens einen gemeinsamen Antrag erarbeiten. Wir dürfen somit hoffen. Die Bundesregierung will schließlich bereits 2040 ein klimaneutrales Österreich.

KLARTEXT

Netanjahus Immunität

Wenn diese Furche erscheint, werde ich gerade meine zweite Impfspritze erhalten haben. Schon beim ersten Termin musste ich mich zusammenreißen, um die Ärztin nicht zu küssen. So dankbar bin ich für die Möglichkeit. Ich habe auch ein wenig ein schlechtes Gewissen meinen Freunden in Deutschland und Österreich gegenüber, die noch nicht mal einen Termin für ihre betagten Eltern ergattern konnten.

Mittlerweile zeigt sich, dass nicht alle Israelis ihr Impfprivileg zu schätzen wissen. Die hohen Altersgruppen und Risikopatienten sind fast vollständig geimpft. Aber nun stehen die Impfzentren allen über 16 Jahren offen – und häufig leer. Laut einer Umfrage wollen mindestens 30 Prozent nicht mit dem in Israel verwendeten Biontech/Pfizer-Produkt in Berührung kommen. Ausgerechnet in Teilen der Bevölkerung, in denen die Infektionsraten besonders hoch sind, bei den ultraorthodoxen Juden und den arabischen Israelis, ist die Skepsis am größten. Aber auch viele säkulare Israelis zögern – offenbar je jünger desto häufiger. Gerade ist das Gerücht in Umlauf, wonach die Impfung un-

Von Oliver Tanzer

Corona und das Adieu der Klima-Hoffnungen

Man soll in pandemischen Zeiten zwar keine allzu weitreichenden Pläne machen. Aber immerhin kann man doch einigermaßen sicher sein, dass die Menschen in gemäßigter Frist wieder reisen werden können. Mit welchem Risiko und unter welchen Auflagen auch immer. Da dies so sein wird, könnte man nun schon daran gehen, sich ein paar Reiseziele zu wählen, die dem Motto *Once in a lifetime* angehören – und das Risiko wert sind.

Jene, die gerne die Hinterlassenschaften alter Kulturen besuchen, werden da einiges zu tun bekommen, sobald sie den Klimawandel und seine Konsequenzen mit in ihre Reiseberechnungen einbeziehen. Es stehen da nämlich dringende Kurz- und Fernreisen zu 25 UNESCO-Stätten des Weltkulturerbes an, die massiv von der Erderwärmung und der damit verbundenen Erhöhung des Meeresspiegels betroffen sein werden, beziehungsweise es schon sind.

Die Toleranztemperatur für diese Orte, also jenes Maß an Erwärmung, das sie gerade noch aushalten würden, um nicht von den Fluten gefährdet zu sein, liegt bei 0,0 bis 0,2 Grad. Für diese Städte und Regionen ist der Klimawandel also extrem und aktuell gefährlich. Dazu zählen liebgewordene Destinationen wie Venedig, Ferrara, Ravenna, der Diokletianspalast von Split, die Altstadt von Lübeck, Le Havre, die Medina von Essaouira in Marokko, Campeche in Mexiko und viele mehr (eine komplette Liste der akut bedrohten Kulturerbestätten finden Sie unter www.furche.at/).

Wenige Jahre zum Ruin

Und wenn die Reisenden diese nahen oder fernen jahrtausendealten Stätten menschlichen Wirkens besuchen, und die Größe und Fähigkeiten der jeweiligen Zivilisation bestaunen, dann könnten sie auch folgendem Gedanken Raum geben: Dass es nur 250 Jahre industrieller Entwicklung gebraucht hat, um dieses Erbe dem Ruin preiszugeben.

Es ist nur eines von vielen Beispielen schwerwiegender Folgen des Klimawandels. Ein Phänomen, das von Außen betrachtet wie eine ungeheure mensch-

liche Selbstzerstörung wirken muss durch Überproduktion, Überkonsum, Überverbrauch, Übermüllung. Diese üble aber gerechte Nachrede wird vor allem unsere Generation haben. Das klingt aufs Erste unfair, weil so viele Menschen in all ihren Berufen Gutes tun wollen, und auch glauben, dies zu tun. Es gibt zudem so viele Klimaschutz-Bekenntnisse wie nie, und natürlich gibt es Joe Biden, der nun in den USA so viel in den Klimaschutz investieren will, wie kein Präsident vor ihm. Wir haben doch auch das UNO-Klimapanel IPCC geschaffen, das Kyoto-Protokoll, das Pariser Abkommen. Nicht zu vergessen, das „Klimabewusstsein“ Greta und die Freitagsdemos.

Gnadenlose Statistiken

Ja, das ist alles nett. Aber es ist zu fürchten, dass es nicht reicht. Dass wir scheitern werden, zeigen ausgerechnet die nun bald zwölf Monate Pandemie. Vermutlich gab es noch nie in der Geschichte der Industrialisierung größere globale und regionale Einschränkungen für den Handel und die Produktion unserer Güter. Noch selten, vielleicht in Zeiten des Krieges, waren alle Gaststätten geschlossen, das gesellschaftliche Leben auf Isolation komprimiert, Reisen untersagt oder de facto unterbunden, noch nie wurden so vielen Unternehmen gesetzlich die Sperre und damit oft die Pleite verordnet – aus Sicherheitsgründen. Diese Zustände, von denen viele meinen, sie seien unaushaltbar für eine Demokratie, haben im Gegenzug dem Klima gutgetan. Die Pandemie-Maßnahmen deckten sich sogar mit zentralen Forderungen beim Klimawandel: Runter vom Gas, leiser treten, weniger verbrauchen, weniger wegschmeißen, weniger liefern, weniger reisen, weniger Autofahren.

Das Ergebnis der zwölf pandemischen Monate war: Wir sind dem Ziel, unseren CO₂-Ausstoß um 7,6 Prozent pro Jahr zu senken und damit die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, nahegekommen. Man stelle sich vor: Die massivste Krise der vergangenen 250 Jahre mit massivsten Auswirkungen auf unser Leben hat uns gerade einmal auf ein klimagerechtes Niveau gebracht. Ähnliche Einschnitte wie in den vergangenen zwölf Monaten wären nun Jahr für Jahr notwendig um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Laut UNO müssten wir dazu unsere bisherigen Anstrengungen vervielfachen. Oder anders formuliert: es braucht keine kleinen Schritte mehr – da ein Tupper Nachhaltigkeit, dort etwas mehr E-Mobilität. Das Ausmaß der Änderung benötigt eine Charakterumstellung. Des Systems und unserer Lebensart. Nicht nur weniger Wachstum und weniger Müll, sondern eine Schrumpfung des globalen Handelssystems. Man stelle sich den Politiker der Zukunft vor, der nicht nachhaltige Industrien zusperrt, Treibstoff und Fleisch unmöglich teuer macht, und seinen Wählern sagt: „Einschränken macht Spaß, verringert das Reisen, esst Grünzeug statt Schnitzel, verschrottet eure Autos.“

Tja, eben deshalb schaffen wir das nicht. Dieser Politiker wird krachend scheitern, die Politik wird den Teufel tun, Betriebe zuzusperrn oder Wachstum zu verweigern. Wir freuen uns schon jetzt auf die „Öffnung“ nach Corona. Dann werden wir alles aufholen. Nachkonsumiert werden soll, was nicht konsumiert wurde. Nachverbraucht und nachverschmutzt, was nicht verbraucht oder verdreckt wurde. Das ist unser Weg aus der Krise. Es wird Wachstum geben, egal wie, wie nie.

Wohin das führt? Noch nicht in den Untergang, aber an seinen Rand. Denn letztlich wird der Mensch gezwungen sein, sein größtes und gefährlichstes Experiment anzustellen, sein Meisterstück, wenn es denn eines gibt: *Climate Engineering*, die große Wende durch einen massiven Eingriff ins Weltklima. Diese eine Chance wird bleiben, wenn die Zeit verstrichen ist, und man wird sie versuchen. Je eher man sich intensiv mit dieser Möglichkeit auseinandersetzt, desto besser. Weiter zu machen wie bisher ist Selbsttäuschung. Ebensogut könnte man so tun, als würden Venedig, Ravenna und Ferrara nicht untergehen.



„Man stelle sich Politiker vor, die Industrien zusperrn, Treibstoff und Fleisch sehr teuer machen, und den Konsum einschränken. Eine unmögliche Vision.“

Von Susanne Glass



fruchtbar macht. Vollends absurd wird es, wenn solche unsinnigen Behauptungen über gesundheitliche Schäden durch den Impfstoff von Tel Aviv verbreitet werden, die sonst keinerlei Berührungspunkte mit allen möglichen (Party-)Drogen haben.

Die Impfskepsis gefährdet das Ziel der Regierung von Premier Netanjahu, bis Ende März eine Herdenimmunität in Israel zu erreichen. Der Termin ist politisch motiviert. Am 23. März stehen Parlamentswahlen an. Netanjahu will als Impfweltmeister seine Konkurrenten abhängen. Damit auch seine bisherige teils katastrophale Corona-Politik vergessen machen. Außerdem hat der Korruptionsprozess gegen ihn begonnen. Sollte er die Wahlen gewinnen, könnte er ein Gesetz durchbringen, das ihn vor Strafverfolgung schützt. Netanjahus persönliche Immunität und Israels Herdenimmunisierung hängen also zusammen.

Die Autorin ist Korrespondentin der ARD im Nahen Osten.